

# DER TAGESSPIEGEL



450 312 500 Dollar: „**Salvator Mundi**“ von Leonardo da Vinci ist das teuerste Bild der Welt – Seite 21



Der unterschätzte Weltmeister: **Christoph Kramer** ist für Gladbach längst unersetzlich – Seite 18



BERLIN, FREITAG, 17. NOVEMBER 2017 / 73. JAHRGANG / NR. 23 297

WWW.TAGESSPIEGEL.DE

BERLIN/BRANDENBURG 1,60 €, AUSWÄRTS 2,20 €, AUSLAND 2,40 €



Ergebnislos in die Nacht: Langes Warten auf Jamaika – oder „Neinmaika“, wie um Mitternacht gespottet wurde – vor der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin.

Foto: Ralf Hirschberger/dpa-ZB

## Jamaika geht in die Verlängerung

Am frühen Morgen wird die letzte Sondierungsverhandlung von CDU, CSU, FDP und Grünen wegen der Asylpolitik unterbrochen

BERLIN - Die Spitzen von Union, FDP und Grünen haben ihre Verhandlungen zur Sondierung einer Jamaika-Koalition am Freitagmorgen vertagt. Wie es in Verhandlungskreisen hieß, konnten sie sich trotz der Gespräche durch die ganze Nacht zum Freitag nicht auf ein gemeinsames Sondierungspapier einigen. Hauptstreitpunkte sollen die Migrations- und die Finanzpolitik sein. Am Freitagmittag soll es nun weitergehen.

Am Donnerstagabend waren die Parteispitzen mit einem 61-seitigen Entwurf für ein Ergebnis-Papier der Sondierungsverhandlungen in die entscheidende Verhandlungsrunde gegangen. Dieses hatte Angela Merks Kanzleramtchef, der geschäftsführende Finanzminister Peter Altmaier (CDU) schon in der Nacht zum Donnerstag in stundenlangem Kleinarbeit mit den Parteimanagern aller Seiten aus Ar-

beitspapieren der vergangenen vier Wochen zusammengestückt. In den Formulierungen des Papiers wird deutlich: Union, FDP und Grüne näherten sich an. Aber viele einzelne Themen und Formulierungen waren auch noch strittig: Im Papier stehen dafür Formulierungen in vielen eckigen Klammern, in denen Alternativen und nicht geeinte Positionen markiert sind, die in wechselnden Konstellationen favorisiert oder abgelehnt werden. Im Laufe der Nacht zum Freitag sollten aus den 61 Seiten der Vorlage etwa 25 Seiten werden – die dann Grundlage für Koalitionsverhandlungen wären.

Aus Präambel und Gliederung des Entwurfs lässt sich trotz aller offenen Punkte ablesen, wie eine erste Jamaika-Koalition im Bund in den nächsten vier Jahren das Land weiterentwickeln wollen würde: „Die Menschen erwarten von uns, ge-

meinsam zentrale Herausforderungen unserer Zeit anzugehen“, schreiben sich die Koalitionäre in spe. Und angesichts von Pegida und der Erfolge der AfD: „Wir wollen das Vertrauen in unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat stärken.“ Man wolle Wirtschaft, Sozialstaat und öffentliche Finanzen stärken, heißt es gleichsam als Klammer. Dann kommt das Grünen-Herz Anliegen Klimaschutz, gefolgt vom CDU-Lieblichsthema Familie und Kinder über die Themen Bildung, Gleichberechtigung, Sicherheit. Beim Punkt Integration und Migration stand im Entwurf das zentrale CSU-Anliegen, die Begrenzung, noch in eckigen Klammern. Über die Notwendigkeit der „Steuerung“ der Migration war man sich dagegen einig – begrifflich jedenfalls.

Geeinigt haben sich die Parteien offenbar auf eine stufenweise Abschaffung des

Solidaritätszuschlags – auf die Details dazu noch nicht. Zum Ausstieg aus der Kohleenergie näherten sich Union und Grüne hingegen im Lauf der Nacht offenbar an. Beim Komplex Verbraucherschutz und bessere Ernährung waren sich die Unterhändler weitgehend einig. Die Grünen kündigten an, auf ihre bisherige Forderung nach einer höheren Dieselsteuer zu verzichten. Zu Landwirtschaft, Tier- und Umweltschutz gab es bereits am Mittwoch Verständigungen zwischen CSU und Grünen.

Nachdem die Verhandlungsführer am Donnerstagmorgen zunächst kompromissbereit in die Verhandlungen gestartet waren, kamen sie schon am Abend beim Thema Flüchtlingspolitik in Stocken. Von Grünen und aus der CDU wurde kritisiert, dass die CSU in der Flüchtlingspolitik – anders als die Grünen – zu keinerlei Kompro-

missen bereit sei. Den Grünen ist der Familienachzug für Flüchtlinge wichtig, der CSU eine konkrete Begrenzung der Flüchtlingszahlen. Am späten Abend führte CSU-Chef Horst Seehofer vier-Augen-Gespräche mit Kanzlerin Merkel (CDU), dem grünen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und dem hessischen CDU-Regierungschef Volker Bouffier – also den Chefs bestehender schwarz-grüner beziehungsweise grün-schwarzer Koalitionen. Die Länder mit grüner Regierungsbeteiligung sind wichtig für die erforderliche Zustimmung des Bundesrats zu der CSU-Forderung, weitere nordafrikanische Länder zu sicheren Herkunftstaaten zu erklären.

asi/cwe/dpa

– Seite 2

## Siemens-Stellenabbau trifft Berlin

Konzern streicht fast 3400 Stellen, davon 870 in Dynamo- und Gasturbinenwerk

Berlin - Siemens streicht in Berlin 870 industrielle Arbeitsplätze in seinem Dynamo- und im Gasturbinenwerk. Der Dax-Konzern kündigte am Donnerstag an, er werde in Deutschland insgesamt 3360 Stellen im Kraftwerks- und Antriebsgeschäft abbauen, weltweit sollen es in den kommenden Jahren rund 6900 sein. Siemens begründet dies mit einem Einbruch der Nachfrage und massiven Marktverschiebungen. Betriebsräte und die IG Metall, die seit Wochen gegen den erwarteten Personalabbau protestieren, kündigten massiven Widerstand an. „Ein Stellenabbau in dieser Größenordnung ist angesichts der hervorragenden Gesamtsituation des Unternehmens völlig inakzeptabel“, sagte IG-Metall-Vorstandsmitglied Jürgen Kerner, der auch im Aufsichtsrat des Münchner Industriekonzerns sitzt. In Berlin wollen Beschäftigte an diesem Freitag vor der Siemens-Hauptverwaltung in der Nonnendammallee demonstrieren.

Nach der Insolvenz von Air Berlin ist der Stellenabbau bei Siemens die zweite Hiobsbotschaft für die Berliner Wirtschaft innerhalb weniger Monate. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) sagte am Donnerstag im Parlament, er habe im Einvernehmen mit den ostdeutschen Ministerpräsidenten an die Bundeskanzlerin und an Siemens-Vorstand Joe Kaeser geschrieben und darum gebeten, eine Perspektive für ostdeutsche Standorte zu schaffen. Dies sei ein „erheblicher Einschnitt“ in die Industrielandchaft Ostdeutschlands. Er sehe deutsche Unternehmen auch in der Pflicht, Arbeitsplätze zu erhalten. „Es gibt nach wie vor strukturelle Nachteile im Osten.“

Siemens will unter anderem seine Werke in Görlitz (720 Mitarbeiter) und Leipzig (200) schließen. In Mülheim werden 640 Stellen gestrichen, die Standorte Offenbach und Erlangen werden zusammengelegt. Das Werk in Erfurt soll eventuell verkauft werden. Siemens versicherte,

dass eine Schließung des Berliner Dynamowerkes trotz des massiven Stellenabbaus nicht geschlossen werden soll. Die IG Metall befürchtet dies gleichwohl. 570 der 850 Jobs im Dynamowerk sollen nun wegfallen – damit würde Produktion komplett eingestellt. Im Gasturbinenwerk mit 3700 Mitarbeitern fallen 300 Stellen weg. Siemens hat in Berlin, dem größten Produktionsstandort des Konzerns, insgesamt rund 11500 Mitarbeiter.

Die Berliner Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) erwartet von Siemens, „gemeinsam mit den Beschäftigten nach Lösungen zu suchen“. Der Industriestandort Berlin werde maßgeblich durch Siemens geprägt. Das Unternehmen habe in Berlin „lange Zeit gut verdient“ und stehe „hier in besonderer Verantwortung“. Siemens müsse verstärkt in Digitalisierung und Zukunftstechnologien investieren und neue Arbeitsplätze entwickeln.

– Seiten 7, 17 und Meinungsseite

**INDEX**

**WIRTSCHAFT & BÖRSEN** ..... 15-17  
Nach mehreren Tagen im Minus legt der Dax wieder zu. Der Leitindex steigt auf 13 047 Punkte.

**WETTER** ..... 2  
Hinter einer Kaltfront beruhigt sich das Wetter in Berlin und Umgebung. Am Vormittag ziehen die Wolken ab, damit setzt sich über den Tag weitgehend sonniges Wetter durch.

**NACHRUFE** ..... 12  
**TAGESTIPPS** ..... 26  
**MEDIEN, TV-PROGRAMM** ..... 27  
**IMPRESSUM & ADRESSEN** ..... 4

**LESERBRIEFE@TAGESSPIEGEL.DE**

TEL. REDAKTION ..... (030) 29021-0  
TEL. ABO-SERVICE ..... (030) 29021-500  
TEL. SHOP ..... (030) 29021-520  
TEL. TICKETS ..... (030) 29021-521

ISSN 1865-2263



## Allianz für Ausstieg aus der Kohle

BONN - Beim Weltklimagipfel in Bonn haben 18 Länder unter Führung Kanadas und Großbritanniens eine Allianz für den Ausstieg aus der Kohle gebildet. Die Kohleverbrennung sei eine wesentliche Ursache für die Erderwärmung und die gesundheitsgefährdende Verschmutzung der Luft, sagte die kanadische Umweltministerin Catherine McKenna am Donnerstag. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, müssten die Industrieländer wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge bis 2030 die Emissionen durch Kohle auf null senken, betonte sie. Klimaschützer begrüßten die Initiative. Deutschland ist in dem Bündnis vorerst nicht vertreten. Die Zukunft der Kohle ist auch Thema bei den Gesprächen von CDU, CSU, FDP und Grünen zur Bildung einer Regierungskoalition. epd

– Seiten 2 und 4

ANZEIGE

## Gold verkaufen lohnt sich wieder.

Hier bekommen Sie mehr für Gold, Schmuck und Diamanten.



Auch Hausbesuche! In Berlin & Potsdam Terminvereinbarung: 030 88033970



# EXCHANGE AG

Besser hier. Besser wir.  
Joachimsthaler Str. 5-6 · Friedrichstr. 150-153 · Schlossstr. 18  
Wilmerdorfer Str. 125 · Bayreuther Str. 37-38

www.exchange-ag.de

Tel.: 030 88033970 · 7 x in Berlin und Potsdam · Über 20 x in Deutschland